

*Franken, Wirtschaft und Politik aus Arbeitgebersicht*

# Konkurrenzfähigkeit sichern und neue Belastungen verhindern

Die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft haben sich als Folge der Frankenstärke verschlechtert. Der Schweizerische Arbeitgeberverband fordert darum genug Spielraum für die Unternehmen, um darauf reagieren zu können. Er setzt sich zudem für die Sicherung der Personenfreizügigkeit und eine effiziente Umsetzung der flankierenden Massnahmen ein. Neue Belastungen der Unternehmen lehnt er dagegen ab. **René Pfister**



Bild: Peter Kläumer/Keystone

*Direktor Thomas Daum und Präsident Valentin Vogt an der Medienkonferenz des SAV in Bern.*

Der Schweiz geht es wirtschaftlich noch immer vergleichsweise gut, aber den Unternehmen stehen schwierige Zeiten bevor. Der Hauptgrund ist neben den globalen Finanzproblemen und schlechteren Konjunkturaussichten für die kommenden Monate die Währungssituation. Die Frankenstärke stand denn auch im Zentrum der Herbst-Medienkonferenz des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) in Bern, die wegen der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ins Negative zusätzliche Aktualität erhielt: Die Arbeitslosenquote stieg im Oktober erstmals seit Ende 2010 wieder an.

## **Stark gestiegene Lohnstückkosten**

Der Franken ist aus Arbeitgebersicht nach wie vor klar überbewertet und setzt damit die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der Exportwirtschaft stark unter Druck. Das belegt auch die Entwicklung der Arbeits- und Lohnstückkosten, die seit 2000 im Vergleich zum Ausland erheblich gestiegen sind. Falls der Frankenkurs nicht auf ein Niveau von 1.30 bis 1.40 pro Euro steigt, drohen laut Präsident Valentin Vogt Strukturschäden für die ganze

Wirtschaft, der Abbau von Arbeitsplätzen und Produktionsverlagerungen ins Ausland. Um dieser Entwicklung auch im Interesse der Arbeitnehmenden entgegenzuwirken, müssen gemäss SAV auch Personalmassnahmen wie verlängerte Arbeitszeiten, Lohnsenkungen oder – in Ausnahmefällen und unter gewissen Voraussetzungen – selbst Löhne in Euro möglich sein. Solche Massnahmen müssten aber verantwortungsvoll und im Dialog mit den Arbeitnehmenden ergriffen werden, betonte der Präsident (siehe Seite 16).

## **Standortstärken und Reformen**

Mit Blick auf das neue Parlament bekräftigte die SAV-Spitze die grundlegenden Forderungen der Arbeitgeber: Es gelte, in den kommenden Jahren «die Standortstärken zu erhalten und gleichzeitig die Reformanstrengungen im Sozialbereich zu intensivieren». Für den SAV stehen dabei folgende Anliegen im Vordergrund:

- Die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt muss erhalten bleiben. Einschränkungen durch neue Regu-

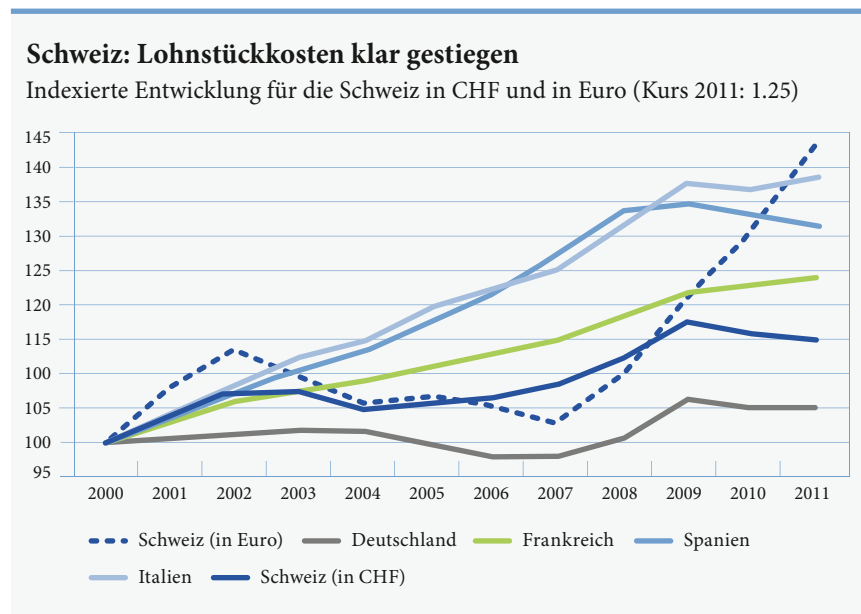
lierungen wie gesetzliche Mindestlöhne, eine allgemeine Sozialpflicht oder einen schärferen Kündigungsschutz sind abzulehnen.

- Die Öffnung zum europäischen Arbeitsmarkt muss fortgeführt werden. Die Zuwanderungsinitiativen, die das Freizügigkeitsabkommen mit der EU und die Bilateralen I aufs Spiel setzen, sind zu bekämpfen.
- Die Sanierung der Invalidenversicherung muss mit einer konsequenten Umsetzung der IV-Revisionen 5 und 6a sowie mit der raschen Verabschiedung der IV-Revision 6b zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden.
- Die Parameter der beruflichen Vorsorge (vor allem der Mindestumwandlungssatz) sind rasch der steigenden Lebenserwartung und den sinkenden Kapitalmarktrenditen anzupassen.
- Der Prozess zur 12. AHV-Revision ist zügig voranzutreiben. Das Rentenalter muss flexibilisiert und erhöht werden, um das zentrale Sozialwerk mit der demografischen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Die Arbeitgeber sind dabei selbst in der Pflicht, betonte Vogt: Etwa bei der Integration von behinderten Menschen ins Erwerbsleben, oder bei der Anstellung älterer Arbeitnehmer, die eine personalpolitische Selbstverständlichkeit werden müsse. Und schliesslich bei der generellen Pflege der Sozialpartnerschaft, mit der eine regulierende Politik auf Distanz gehalten werden könne.

### Keine Überregulierung

Direktor Thomas Daum bekräftigte die positive Bilanz der Personenfreizügigkeit mit der EU/Efta für die Unternehmen, den Arbeitsmarkt und die Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften. Gleichzeitig machte er klar, dass der SAV den konsequenten Vollzug der «Flankierenden Massnahmen» (FlaM) unterstütze und die leider immer wieder vorkommenden Fälle von Lohn- und Sozialdumping oder Scheinselbstständigkeit klar verurteile. Der SAV setze sich aktiv dafür ein, vorhandene Schwachstellen beim Vollzug der FlaM zu beheben und gesetzliche Lücken zu schliessen. Für Thomas Daum ist jedoch entscheidend, dass die Anwendung der FlaM auch in



Zukunft auf die Bekämpfung von Missbräuchen ausgerichtet bleibt: «Sie dürfen auf keinen Fall für eine Überregulierung auf dem Arbeitsmarkt und für eine zusätzliche Belastung der Unternehmen instrumentalisiert werden.»

Konkret forderte der Direktor mit Blick auf zusätzliche Massnahmen: Erstens: Die gesetzlichen Voraussetzungen für Eingriffe in den Arbeitsmarkt dürfen nicht aufgeweicht werden. Das gilt insbesondere beim Erlassen von Normalarbeitsverträgen mit verbindlichen Mindestlöhnen. Zweitens: Alle Instrumente der FlaM müssen mit dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) vereinbar sein. Und drittens: Bei neuen Massnahmen sind Kosten und Nutzen gut gegeneinander abzuwägen. Es ist stets zu fragen, ob punktuelle Missstände breite Eingriffe in den Arbeitsmarkt rechtfertigen.

Daum wies den von den Gewerkschaften behaupteten «Vollzugsnotstand» bei den FlaM als übertrieben zurück. «Wir verurteilen das Verhalten von Firmen, die sich an Lohndumping beteiligen, in aller Schärfe. Wir warnen aber auch vor unzulässigen Verallgemeinerungen.» Für einen massiven Regulierungsschub gebe es keinen Grund, zumal damit die grosse Mehrheit jener Arbeitgeber bestraft würde, welche die Chancen der Personenfreizügigkeit korrekt nutzen.

### Nein zur Ferieninitiative

Vizepräsident Wolfgang Martz thematisierte vor den Medien die Initiative «6

Wochen Ferien für alle», über die am 11. März 2012 abgestimmt wird. Der SAV lehnt diese Initiative im Einklang mit Bundesrat und Parlament ab. Sie sei für die Mehrzahl der Beschäftigten in der Schweiz unnötig und schränke den Spielraum für sozialpartnerschaftliche Lösungen massiv ein, erklärte Martz. Die Fakten belegen laut Martz, dass bereits heute sehr viele Schweizer Arbeitnehmende in vielen Branchen deutlich mehr als das gesetzliche Minimum von vier Wochen Ferien beziehen können. «Zudem haben die Beschäftigten noch acht bis zehn bezahlte Feiertage. Von einem Feriendefizit kann also keine Rede sein.»

Der Vizepräsident betonte schliesslich die grossen zusätzlichen Arbeitskosten, die mit der Annahme der Initiative für die Unternehmen verbunden wären: rund 6,3 Milliarden Franken pro Jahr. Darüber hinaus müssten die Firmen noch Organisationskosten und Ausfälle bei der Wertschöpfung in Kauf nehmen. Solche Belastungen seien für viele kleine Betriebe nicht verkraftbar und würden deshalb direkt Arbeitsplätze gefährden, warnte Martz.

Der SAV lehnt die Ferieninitiative zudem ab, weil die Schweizer Wirtschaft bereits heute mit vergleichsweise hohen Arbeitskosten zu kämpfen hat – und jetzt auch noch mit dem starken Franken: «Die Forderung nach mehr Ferien steht deshalb völlig quer in der Landschaft», bilanzierte Martz. ■